

Inhalt

I. Strafbares außerdienstliches Fehlverhalten und seine disziplinarrechtlichen Folgen	1
1. Die Wohlverhaltenspflicht	1
2. Das Ermessen	2
3. Die Vorgeiflichkeit des Strafverfahrens.....	2
4. Die Unerlässlichkeit proaktiver – weitsichtiger – Verteidigung	2
II. Neues auf Rehmnetz.....	3
III. Beamtenblog	3

I. Strafbares außerdienstliches Fehlverhalten und seine disziplinarrechtlichen Folgen

Dr. Christian Horvat

Rechtsanwalt

meyerhuber rechtsanwälte partnerschaft

Die Strafverteidigung von Beamten ist nicht nur spannend. Sie ist häufig auch außerordentlich anspruchsvoll. Das liegt daran, dass Beamte sowohl gesellschaftlich als auch rechtlich eine Sonderstellung innehaben und damit eine erhebliche Erwartungshaltung an ihre Integrität einhergeht.

Eine absolute Trennung zwischen dem Beamten im Dienstverhältnis und als Privatperson gibt es nicht. Vielmehr kann der Vorwurf eines Fehlverhaltens, das mit der Dienstausbübung – eigentlich – in keinerlei Zusammenhang steht, erhebliche, ja sogar existentielle Folgen für die Beamtenlaufbahn haben. Damit ist nicht nur gemeint, dass sich das Erreichen der nächst höheren Karrierestufe möglicherweise aufgrund angeschlagener Reputation verzögert. Im Extremfall zieht eine außerdienstliche Entgleisung den Verlust des Beamtenstatus' nach sich oder führt sogar bei Ruhestandsbeamten zum Verlust der Versorgungsansprüche.

Der vorliegende Beitrag soll einen ersten Eindruck von dem Zusammenhang zwischen Strafrecht und Disziplinarrecht bieten, ehe in den nachfolgenden Beiträgen zu Einzelheiten wie etwa dem Steuerstrafrecht Stellung genommen werden wird.

1. Die Wohlverhaltenspflicht

Beamtinnen und Beamte sind nicht nur mit besonderen Privilegien ausgestattet, sie stehen auch in einem besonderen Pflichtenverhältnis. Auch nach Feierabend haben sie ihrem Sonderstatus gerecht zu werden. Ihr Verhalten muss nach § 61 Abs. 1 Satz 3 BBG „innerhalb und außerhalb des Dienstes“ ... „der Achtung und dem Vertrauen gerecht werden, die ihr Beruf erfordert“.

Außerdienstliches Verhalten ist nach § 77 Abs. 1 Satz 2 BDG dann als Dienstvergehen zu werten, wenn es im Einzelfall eine besondere Eignung dafür aufweist, dass das Vertrauen in ein für das jeweiligen Amt oder das Ansehen des Beamtentums bedeutsamen Weise zu beeinträchtigen. Es liegt auf der Hand, dass die vorstehenden Begriffe grundsätzlich erheblichen Auslegungsspielraum lassen.



Produktipp

NEU!

Baßlsperger/Beilke/Gansen/Hoffmann

cockpit Beamtenrecht

Internetausgabe



Vierteljahrespreis für 3 Lizenzen -
Mindestvertragslaufzeit 12 Monate
€ 119,85
Weitere Lizenzen auf Anfrage
ISBN 978-3-8073-0015-3

[\[Mehr Info\]](#)

**Sicherer entscheiden, effizienter arbeiten –
wie geht das in der Praxis?**

Das neue rehm cockpit Beamtenrecht bietet Ihnen die richtige Unterstützung im richtigen Moment – in einzigartiger Qualität. Die Webanwendung macht Ihnen führende Inhalte und eine Vielzahl von Arbeitshilfen äußerst komfortabel zugänglich. Das garantieren unterschiedliche Experten, die „hinter den Kulissen“ permanent zuarbeiten, verknüpfen und aktualisieren. Sie finden deshalb per Stichwortsuche genau die Hilfestellung, die für Ihre Praxisfrage gerade von höchster Relevanz ist.

2. Das Ermessen

In einem Großteil der Fälle – nämlich dann, wenn nicht bereits das Gesetz drastische Konsequenzen wie die Entfernung aus dem Dienst bestimmt – folgt dem unbestimmten Rechtsbegriff auf Tatbestandsseite das Ermessen auf der Rechtsfolgenseite.

Hat die Aufarbeitung des vorgeworfenen Geschehens zum Ergebnis, dass tatsächlich ein Dienstvergehen begangen worden ist, zieht sich der betroffene Beamte die-ser weiteren Unwägbarkeit gegenüber. Die Entscheidung darüber, welche der in § 5 BDG genannten Maßnahmen zu treffen ist, ist nämlich Ermessenssache (§ 13 Abs. 1 Satz 1 BDG).

3. Die Vorgeiflichkeit des Strafverfahrens

Vielfach entscheidet der Ausgang des Strafverfahrens ganz maßgeblich auch den des Disziplinarverfahrens.

Das gilt insbesondere dann, wenn es zu einer Verurteilung zu einer Freiheitsstrafe ab einem Jahr oder gar ab „nur“ sechs Monaten bei der Verurteilung wegen bestimmter Delikte kommt. Dann endet das Beamtenverhältnis nämlich kraft Gesetzes (§ 24 Abs. 1 BeamtenstatusG), ohne dass es des Erlasses eines gestaltenden Verwaltungsakts oder gar der Ausübung des eines Ermessens überhaupt bedürfte.

Deshalb ist auf die dortige Verteidigungsstrategie besonderes Augenmerk zu legen, um andernfalls irreparablen Weichenstellungen vorzubeugen. Nicht zuletzt deshalb hat sich in den letzten Jahren im Zuge der insgesamt fortschreitenden Professionalisierung der Strafverteidigung auch eine überschaubare Anzahl von Verteidigern auf Mandate aus dem Beamtentum spezialisiert. Lösungen müssen hier maßgeschneidert sein.

Während etwa in vielen Fällen ohne die Notwendigkeit der Rücksichtnahme auf beamtenrechtliche Besonderheiten das Aushandeln einer Bewährungsstrafe von zwei Jahren im Wege von Verständigungsgesprächen (sogen. „Deal“) als großer Erfolg gefeiert werden könnte, hätte dies beamtenrechtlich die Entfernung aus dem Dienst und den Verlust der Pensionsansprüche zur Folge.

Demnach wird – sofern ansatzweise Erfolg versprechend – ein solcher Kompromiss dem im Beamtenverhältnis stehenden Mandanten nicht vermittelbar sein (jedenfalls dann nicht, wenn ihn sein Verteidiger umfassend aufgeklärt hat). Vielmehr ist der „Kampf“, wie Hans Dachs, einer der bedeutendsten Strafverteidiger aller Zeiten, plakativ die Strafverteidigung nannte, dann konsequent auszufechten.

4. Die Unerlässlichkeit proaktiver – weitsichtiger – Verteidigung

Im besten Fall sollte es freilich nicht so weit kommen, dass im Verfahren vor dem Strafgericht dieser Kampf ausgefochten werden muss.

Die größten Gestaltungsmöglichkeiten bestehen nämlich dann, wenn frühzeitig gehandelt wird. Dann ist die Chance am größten, ein starkes Gegengewicht zum von vornherein deutlich stärkeren Strafverfolgungsapparat aufzubauen und effektiv Gehör zu finden.

Dies setzt jedoch auch die frühzeitige Konsultierung eines fachkundigen Beraters voraus. Spätestens dann, wenn ein Tatverdacht bekannt wird, ist ein beherztes Eingreifen unerlässlich. Hierzu gehört auch die vollständige Verschaffung aller zu erlangender Informationen durch frühzeitige Akteneinsicht.

In bestimmten Sachverhaltskonstellationen ist ein Eingreifen sogar oder gerade dann geboten, wenn noch gar kein Ermittlungsverfahren eingeleitet worden ist, ein solches aber droht.

Gerade im Bereich des Steuerrechts stellt die Selbstanzeige ein probates Mittel dar, Straffreiheit zu erlangen. Ob ihre Abgabe ratsam ist, bedarf aber gerade mit Blick auf das Disziplinarrecht einer umfassenden und vor allem frühzeitigen Prüfung.



Produktipp

Schwegmann/Summer

Besoldungsrecht des Bundes und der Länder

Kommentar



Internetausgabe

Vierteljahrespreis für 3 Lizenzen
Mindestvertragslaufzeit 12 Monate
€ 189,95
Weitere Lizenzen auf Anfrage
ISBN 978-3-8073-2313-8

[\[Mehr Info\]](#)

In diesem Online-Kommentar sind alle wichtigen Texte mit umfassenden Erläuterungen enthalten:

- das Bundesbesoldungsgesetz
- die Besoldungstabellen
- alle wichtigen zu diesem Rechtsgebiet erlassenen Rechtsverordnungen und Verwaltungsvorschriften des Bundes
- aktuelle landesrechtliche Regelungen.

Sollte vom Ergreifen spezifischer Verteidigungsmaßnahmen im Einzelfall doch abgesehen werden, sollte auch diese Art des Agierens das Ergebnis eines vorherigen Prüfungsvorgangs sein.

Einmal in der Akte niedergelegte Inhalte sind kaum reparabel. Man spricht insofern auch von der urteilsprägenden Kraft des Ermittlungsverfahrens. Während bei Tatvorwürfen, die regelmäßig „nur“ eine strafrechtliche Ahndung nach sich ziehen können, muss der Verteidiger eines Beamten weiter denken und sorgsam abwägen, mit welchen Maßnahmen, insbesondere welchen Einlassungen im Wege einer Gesamtschau insgesamt das beste Ergebnis erzielt werden kann.

Dr. Christian Horvat
Rechtsanwalt

II. Neues auf Rehmnetz

News: [Seminare des KBW zum Beamtenrecht](#)

News: [Bildungsgewerkschaft kündigt Musterklagen zur Besoldung der Länder an](#)

III. Beamtenblog

Jede Woche bloggt unser Experte Dr. Maximilian Baßlsperger auf rehmnetz.de zu aktuellen Themen rund ums Beamtenrecht. Die neuesten Beiträge:

[Ich bin Ausländer und will Beamter werden – Teil I](#)

[Ich will Beamter werden – wo kann ich mich bewerben?](#)

[Ich will Beamter werden – was muss ich beachten?](#)



Der Blog zu Pro & Contra der Reform!

Von und mit Dr. Maximilian Baßlsperger. Er ist Experte auf dem Gebiet des öffentlichen Dienstrechts und seit 15 Jahren als Kommentator für das Bayerische Beamtenrecht tätig.

[\[Direkt zum Blog\]](#)